

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Zu 4: Genehmigung von Stromtarifen

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/158

---

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) betont, mit dem Antrag solle nichts an der Tatsache geändert werden, daß die Genehmigung der Stromtarife dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie obliege. Kern des Antrags sei es, mehr Transparenz durch eine Information des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie über die jeweilige Strompreisgenehmigung zu erzielen.

Unter Hinweis auf seine Ausführungen im Plenum stellt Minister Dr. Jochimsen klar, daß einzelne Tarifgenehmigungsanträge nicht Gegenstand der Beratung - und zwar weder hier im Ausschuß noch in einer dafür besonders geschaffenen Kommission - sein könnten; denn als Voraussetzung dafür müßte nach Auffassung der Landesregierung zunächst eine bundesgesetzliche Ermächtigung geschaffen werden.

Wenn der Kommission auch Landtagsabgeordnete angehören sollten, ergäben sich Fragen hinsichtlich der Vermischung zwischen Exekutive und Legislative. Falls aber eine Beratung in der von Abg. Tschoeltsch soeben angedeuteten Richtung angestrebt werde, stehe die Regierung selbstverständlich jederzeit Rede und Antwort.

Nach der bisherigen Praxis, so führt Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) aus, seien Parlament und Ausschuß erst im nachhinein schriftlich über die Höhe der Strompreise und die Gründe für ihre Genehmigung informiert worden. Der F.D.P. gehe es nun darum - und dies liege sicher auch im Interesse des Bürgers -, möglichst viele Erkenntnisse über Gründe und Zeitpunkte von Strompreiserhöhungen zu gewinnen.

Wenn der Minister anbiete, den Ausschuß künftig ausführlicher zu informieren, dann sei das sicher der richtige Weg. Da in diesem Jahr wahrscheinlich wieder eine Preiserhöhung anstehe, könnte man dabei feststellen, ob die Information des Ausschusses ausreiche.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) weist darauf hin, daß der einzelne Verbraucher mit Blick auf sein persönliches Budget besonders stark an derartigen Preisfestsetzungen interessiert sei. Wegen dieses großen Interesses sei es richtig, ausführlich darüber zu informieren und auch die Meinung der einzelnen Verbrauchergruppen dazu kennenzulernen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Das eigentliche Genehmigungsverfahren sei allerdings letztlich bundeseinheitlich geregelt; danach sei in diesem Falle der Landeswirtschaftsminister beauftragt, die Genehmigung zu erteilen. In dieses Verfahren, das sich parlamentarischer Einwirkung entziehe, könne und wolle man nicht eingreifen.

Andererseits gebe es, über das Jahr verteilt, zahlreiche Strompreisgenehmigungsverfahren, so daß er es von der Praktikabilität her für abwegig hielte, nach jeder einzelnen Strompreiserhöhung im Ausschuß darüber Informationen zu erhalten.

Er würde es aber begrüßen, wenn man in diesem Ausschuß zu gegebener Zeit einmal die verschiedenen Stromverbrauchergruppen des Landes dazu hören könnte, welches Gewicht sie den Strompreisfestsetzungen beimäßen und welche Anregungen sie möglicherweise auch zur Stromverbrauchsentwicklung im Lande geben könnten. - Wenn dies gewünscht sei, stimme man in den Auffassungen überein.

Abg. Westermann (SPD) begrüßt vom Grundsatz her das Ansinnen der F.D.P., das Genehmigungsverfahren transparent zu machen, auch wenn die Parlamentarier auf dieses Verfahren keinen Einfluß nehmen könnten; auf jeden Fall aber könne ein Abgeordneter dann zu entsprechenden Anfragen Stellung nehmen.

Er bittet um eine Information durch das Ministerium, in welchen anderen Bereichen Preise durch den Wirtschaftsminister genehmigt werden müßten. - Der Minister sagt diese Information zu.

Abg. Apostel (SPD) sieht in der heutigen Aussage von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.), daß es der F.D.P. um mehr Informationen gehe, ein Abweichen von dem Inhalt des Antrags, der besage, daß vor einer Strompreisgenehmigung eine Anhörung aller Beteiligten im Wirtschaftsausschuß stattfinden solle. Letzteres bedeutete, daß der Minister nach der Anhörung die Willensbildung dieses Ausschusses bei der Strompreisgenehmigung zu berücksichtigen hätte - und das widerspräche der Grundauffassung der SPD.

Da sich nach Ansicht von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) die ursprüngliche Absicht der F.D.P., eine vorherige Information zu erhalten, nicht durchsetzen läßt, stimmt er dem Vorschlag des Ministers zu, den Ausschuß künftig ausführlicher zu informieren. Man werde abwarten, welche Informationen man im Zusammenhang mit der nächsten Strompreisgenehmigung bekommen werde; daraufhin müßte das Thema unter Umständen erneut aufgegriffen werden, allerdings nicht mehr auf der Grundlage des vorliegenden Antrags.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Nach kurzer weiterer Aussprache verständigt sich der Wirtschaftsausschuß darauf, daß der Minister dem Ausschuß zunächst in einer der nächsten Sitzungen das Prinzip der Strompreisgenehmigungen vorträgt.

Zu 5: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 10/206, 10/211 und 10/218 (Einführungsbericht)

- Allgemeine Aussprache über den Einführungsbericht und Beginn der Beratung der einzelnen Etatpositionen -

---

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Jöchimsen, berichtet wie folgt:

Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, ein paar kurze Ausführungen zu machen. Sie betreffen zwei Ergänzungen zum schriftlichen Bericht, der Ihnen vorliegt und der ja einerseits auf dem Haushaltsgesetzentwurf und dem Haushaltsplan der Landesregierung, andererseits auf der Ergänzungsvorlage aufbaut, die die Landesregierung vorgelegt hat. Sie erinnern sich, daß das im schriftlichen Bericht mit angesprochen worden ist.

Die Landesregierung hat gestern eine zweite Ergänzung beschlossen, und ich möchte - erstens - über das berichten, was den Bereich des Einzelplans 08 betrifft.

Zweitens möchte ich gern über einige Grunddaten der aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen unterrichten, auf deren Grundlage die haushaltspolitischen Entscheidungen zu sehen sind.

Zu 1: Notwendige Änderungen und Ergänzungen im Haushalt des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie im Rahmen der 2. Ergänzungsvorlage.

Wie bereits bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs angekündigt, mußten in einigen Bereichen die Ausgaben für das Haushaltsjahr 1986 den aktuellen Entwicklungen angepaßt werden. Dazu hat das Kabinett gestern einige Ergänzungen beschlossen:

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

1. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 78,5 Millionen DM erforderlich. Damit will die Landesregierung sicherstellen, daß auch im Jahre 1986 möglichst allen Ausbildungsplatzbewerbern, die noch unversorgt geblieben sind, ein Ausbildungsplatzangebot gemacht werden kann.
2. Aufgrund der inzwischen fortgeschrittenen Planung und Konkretisierung werden sich die Gesamtkosten für die Landesausstellung in Moskau um 4,5 Millionen DM erhöhen.
3. Aufgrund der vom Bund vorgenommenen Aufstockung der Koks-kohlenbeihilfe ergibt sich eine zwangsläufige Ausgabenerhöhung um 312 Millionen DM.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat am 13. Dezember 1985 die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten des Länderbeobachters im Außenbüro in Brüssel beschlossen, die einen Mehraufwand in Höhe von 49 200 DM erfordert. Von diesem Mehrbetrag werden allerdings 36 000 DM von den anderen Bundesländern dem Land Nordrhein-Westfalen erstattet. Aber im Einzelplan 08 des Landes Nordrhein-Westfalen wird dieser Länderbeobachter ausgewiesen; wir müssen ihn also etatisieren.
5. Schließlich mußte im Rahmen der Ergänzungsvorlage ab 1. Januar 1986 eine Leerstelle für einen ohne Dienstbezüge auf die Dauer von fünf Jahren beurlaubten Beamten eingerichtet werden, der Geschäftsführer der Versuchsgrubengesellschaft mbH in Dortmund geworden ist.

Der in der zweiten Ergänzungsvorlage veranschlagte Mehrbedarf im Einzelplan 08 beträgt insgesamt 390 549 200 DM. Zur Deckung dieses Mehrbedarfs müssen im Einzelplan 08 Einsparungen in Höhe von 4,5 Millionen DM erbracht werden. Diese Einsparung erfolgt bei der regionalen Wirtschaftsförderung - Landesaufgabe -.

Durch die Übertragung ungebundener Reste aus dem Jahre 1985 nach 1986 in Höhe der Einsparung von 4,5 Millionen DM wird jedoch sichergestellt, daß der vorgesehene Bewilligungsrahmen in Höhe von 90,7 Millionen DM für die regionale Wirtschaftsförderung erhalten bleibt. Der restliche Mehrbedarf in Höhe von rund 386 Millionen DM wird durch die Einnahmeverbesserungen bei den Steueransätzen und beim Länderfinanzausgleich ausgeglichen.

Die 2. Ergänzungsvorlage wird in den nächsten Tagen dem Landtag zugeleitet werden. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, wenn die Einzelpunkte aufgerufen werden, die Änderungen jeweils noch einmal technisch vorzutragen.

Zu 2: Aktuelle wirtschaftspolitische Grunddaten für die Haushaltsberatungen.

Haushaltsberatungen sind für uns hier im Wirtschaftsausschuß immer Anlaß gewesen, sich mit der wirtschaftlichen Situation des Landes auseinanderzusetzen. Ich will meinen Teil dazu tun, um diese Diskussion sachlich und empirisch fundiert zu führen.

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung zeigt, daß die Chancen des Landes zur Bewältigung der strukturellen Anpassungen in allen Sektoren und Regionen gut sind und sich weiter verbessern. Diese positive Perspektive ist nicht nur das Ergebnis einer Konjunktur mit günstigen Bedingungen insbesondere für den Außenhandel, die nach den vorliegenden Prognosen auch in diesem Jahr für anhaltendes Wachstum mit steigenden Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen werden. Dazu haben wesentlich auch die Anstrengungen der Landesregierung für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beigetragen.

Lassen Sie mich diesen Begriff des Strukturwandels etwas präzisieren, weil ich das zur Beurteilung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Haushalt 1986 für wichtig halte: Wandel der Wirtschaftsstruktur darf nicht allein auf einen quantitativen Sinn, auf ein reines Abzählen von Branchen, die schrumpfen oder sterben, die stagnieren oder die wachsen, reduziert werden. Strukturwandel heute muß auch daran gemessen werden, ob er qualitativen Entwicklungen - auch in einem weltweit gezogenen Rahmen - standhält und ob er neue Qualitätsnormen setzt.

Das ist im Kern die Leitidee des wirtschaftspolitischen Kurses der Landesregierung, die auf eine ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes abzielt. Wer hierbei die Elle nur an die Höhe einzelner Haushaltsansätze anlegt, greift zu kurz. Wichtiger noch oder doch mindestens gleichwichtig wie die Höhe der Finanzmittel ist das qualitative Element der Förderung von Modernität und Innovation in der Wirtschaft durch den Staat.

Die Sicherung von Beschäftigung und die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze erfordert steigende Investitionen über alle Bereiche der Wirtschaft - dies um so mehr, als zwar mit weiterhin beträchtlicher, aber sich wohl doch abschwächend wachsender Auslandsnachfrage zu rechnen ist. Also: Der Anteil des Wirtschaftswachstums im Jahre 1986, der auf Steigerung der Auslandsnachfrage zurückzuführen ist, wird vermutlich rückläufig sein.

Die Haushaltsmittel des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie für die Wirtschafts- und Technologieförderung zielen daher auf die weitere Belebung der Innovations- und der Investitionstätigkeit im Lande. Sie sind vorrangig darauf ausgerichtet, die Basis für dauerhafte und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und damit zugleich längerfristig Sekundär-

effekte im Konsum- und Verbrauchsbereich durch die Einkommen auszulösen, die mit zusätzlichen Arbeitsplätzen verbunden sind. Diese Innovations- und Investitionsausgaben dienen unmittelbar dem Ziel, die Wirtschaftsstruktur in unserem Lande zu modernisieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

Man muß sich selbstverständlich im klaren darüber sein, daß der Effizienz landeswirtschaftspolitischer Maßnahmen Grenzen gezogen sind. Hier meine ich die bundesweit immer noch enttäuschende Investitionsdynamik generell. Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf die für die Beschäftigungswirksamkeit bedeutsame Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoinvestitionen angewiesen. Die Bruttoinvestitionen sind bundesweit in 1985 um rund 12 % gestiegen, die Hälfte davon diente aber immer noch dem Ersatz alter Anlagen. Die "Nettoinvestitionen", sagt der Sachverständigenrat, "die für das Wachstum des Produktionsapparates" - und ich füge an: eben für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten - "ausschlaggebend sind, waren 1985, gemessen am Produktionspotential, noch immer deutlich niedriger als in den 70er Jahren".

Dieses Wachstum der Nettoinvestitionen ist ja deshalb so wichtig, weil bei den Reinvestitionen, bei den Ersatzinvestitionen, immer stärker der arbeitsplatzrationalisierende Faktor sichtbar wird. Deshalb werden ja neue Arbeitsplätze über das Maß hinaus erforderlich, das durch Nettoinvestitionen geschaffen wird, die immer noch zu gering sind.

Und dies alles, meine Damen und Herren, stellt der Sachverständigenrat als schwieriges Problem für uns fest, obwohl sich die Ertragslage der Unternehmen deutlich verbessert hat - und das jetzt drei Jahre hintereinander -, die Stückgewinne sich weiter erhöht haben, glänzende Auslandsgeschäftserfolge erzielt werden konnten und sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer jetzt im fünften Jahr seit 1980 weiter vermindert hat. Auch in 1985 ist die Reallohnposition der Arbeitnehmer rückläufig gewesen, und zwar um 0,5 %.

Vielfach sind es jedoch nicht fehlende Investitionshilfen, welche die Verwirklichung eines erfolgversprechenden und beschäftigungswirksamen Projektes scheitern lassen. Oft fehlt es an Managementkenntnissen oder an gezielten Marktanalysen, an technologischer Beratung oder an Hilfen zur Erschließung neuer Märkte im Export, an Zuschüssen für risikoreiche neue Entwicklungen oder an der Aus- und Fortbildung qualifizierter Mitarbeiter.

In enger Abstimmung mit der Wirtschaft selbst sind deshalb auch gezielte staatliche Hilfen auf allen diesen Feldern, die ich eben genannt habe, entwickelt worden: Marktanalysen, technologische Beratung, Erschließung neuer Märkte im Export, risikoreiche neue Entwicklungen, Aus- und Fortbildung qualifizierter

Mitarbeiter. Diese Maßnahmen dienen der qualitativen Verbesserung der Marktposition vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen und erlauben insoweit nur eingeschränkt eine errechenbare Zuordnung einer unmittelbaren Beschäftigungswirkung. Sie ergänzen jedoch wesentlich die direkten Investitionsausgaben mit dem gleichen Ziel, nämlich die Wirtschaftsstruktur in unserem Lande zu erneuern, die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Unternehmen zu erhalten und damit Arbeitsplätze bei uns zu sichern und neu zu schaffen.

Lassen Sie mich zum Schluß ein paar aktuelle Daten zur Wirtschaftsentwicklung unseres Landes mitteilen, die zeigen, daß sich Nordrhein-Westfalen auf einem stetigen Erneuerungs- und Aufholkurs befindet:

1. Der Beschäftigungsabbau ist in seiner umfassenden Form im Lande gestoppt. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten in den Jahren 1981 bis 1983 landesweit um 2,8 % zurückgegangen ist - an der Ruhr um 5 %, im Bund um fast 2 % -, kam es 1984 zu einem Anstieg der Beschäftigung - Land: + 0,3 %, Bund: + 0,8 % -, der sich auch in 1985 fortgesetzt hat. Sorge bereitet allerdings weiterhin das Ruhrgebiet, wo 1984 die Beschäftigung um 0,7 % zurückgegangen ist.
2. Die Wirtschaftsstruktur des Landes wandelt sich im modernen Sinne. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich ist zwischen 1980 und 1984 von 45,9 % auf 48,2 % sichtlich gestiegen, während der Industrieanteil knapp unter 40 % gesunken ist. Außerordentliche Zuwächse an Beschäftigung - nämlich zwischen 5 und 12 % seit 1980 - finden sich vornehmlich in produktionsorientierten Dienstleistungsbereichen, in denen seither die Zahl der Beschäftigten um fast 80 000 Personen gestiegen ist. Mit Ausnahme von Bielefeld und Bonn entstanden die Arbeitsplatzgewinne in allen anderen Kammern im Dienstleistungsbereich.

Das traditionell exportorientierte Land Nordrhein-Westfalen liegt damit im internationalen Trend einer Entwicklung, die einerseits auf die zunehmende weltweite Verflechtung der Märkte angelegt ist und zugleich die sich immer mehr gegenseitig bedingende Verzahnung von Waren und Dienstleistungen erfordert.

3. Neben dem Dienstleistungssektor gab es auch im verarbeitenden Gewerbe beachtliche Arbeitsplatzzunahmen. Über die 20 wichtigsten Sektoren - einschließlich Stahl und verwandte Bereiche - kam es bis Juni 1985 im Vergleich zu Juni 1984 zu einem Anstieg um fast 37 000 Arbeitsplätze im Vergleich zu gut 21 000 verlorenen Arbeitsplätzen, also per Saldo 16 000 Arbeitsplätze mehr.

4. Diese Entwicklung ist ein Saldo aus dem gleichzeitig stattfindenden Abbau alter und dem Aufbau neuer Arbeitsplätze. Dieses Nebeneinander ist in allen Sektoren und allen Regionen festzustellen. So verbesserte sich zum Beispiel in Aachen die Bilanz: plus 3 065, minus 2 087 Arbeitsplätze. In Duisburg stand einem Abbau von 6 741 Arbeitsplätzen ein Zuwachs von immerhin 2 436 Arbeitsplätzen gegenüber.

Meine Damen und Herren, generell läßt diese differenzierte Analyse die Aussage zu, daß in allen Kammerbezirken Nordrhein-Westfalens Zuwächse an Arbeitsplätzen in einzelnen Sektoren festzustellen sind. An der Gesamtzahl aller zusätzlichen Arbeitsplätze waren die einzelnen Kammerbezirke allerdings unterschiedlich beteiligt.

So entfielen zum Beispiel auf die genannte Kammer Aachen knapp 9 % aller Arbeitsplatzgewinne im Lande und nur 3,5 % aller Arbeitsplatzverluste, auf die ebenfalls genannte Kammer Duisburg ein Anteil am gesamten Arbeitsplatzzuwachs von 7 %, aber des Arbeitsplatzabbaus von 11,3 %. Die Kammern Münster und Bielefeld waren mit 13,8 bzw. 11,2 % relativ am stärksten an den neu entstehenden Arbeitsplätzen im Lande beteiligt - die sind ja auch sehr groß -, in den Kammern Dortmund und Duisburg lag der Anteil an den gesamten Arbeitsplatzverlusten im Lande mit 13,2 bzw. 11,3 % recht hoch.

Die Verbesserung der Beschäftigungssituation ist also regional sehr unterschiedlich, und wir werden uns zu fragen haben, ob und wie die Wirtschaftspolitik des Landes aufgrund dieser Analyse noch gezielter als bisher agieren kann.

5. Insgesamt ist die Technologiehaltigkeit nordrhein-westfälischer Produkte weiter gestiegen, und zwar mit 13 % in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Bund ohne Nordrhein-Westfalen mit 10 % - Vergleich 1984 gegenüber 1983 -. Das ist dann das zweitemal, daß wir hier stärker wachsen als der Bund.

Der Anteil des Landes bei diesen Produkten im Bundesdurchschnitt hat sich auf knapp 26 % erhöht. Besonders augenfällige Erfolge gab es bei den Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Hier stieg der Produktionswert dieser Technologieprodukte im Lande um fast 50 % gegenüber 1983, im Bund ohne Nordrhein-Westfalen um 21 %.

6. Deutlich wird der Wandel zur Modernität auch darin, daß 1985 erstmals der Anteil der Investitionsgüterindustrien im Lande mit 35 % den Anteil der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 33 % übertroffen hat; 1980 war diese Relation noch umgekehrt. Dies zeigt, daß sich auch Angebotspolitik nicht auf das Setzen von Rahmenbedingungen und auf pauschale Hilfen beschränken kann. Angebotspolitik muß gezielt auf die Einführung, Anwendung und auch Entwicklung innovativer Produkte hinwirken.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

7. Den sichtbarsten Niederschlag finden diese positiven Trends in der zunehmenden Angleichung im industriellen Produktionswachstum an die bundesweite Entwicklung. Nach etwa 2 Prozentpunkten Abstand in 1980 haben wir heute eine Halbierung auf etwa einen Prozentpunkt erreicht.

Meine Damen und Herren, weitere Ergebnisse einer Fortschreibung der Strukturberichterstattung, die ich ja schon zweimal vorgelegt habe, werde ich Ihnen in Kürze mit einer Zusammenstellung zuleiten können. Mir war es jedoch wichtig, daß wir zum Eingang einer Aussprache über den Etat des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie noch eine Einschätzung zur strukturellen Entwicklung des Landes hatten.

Der Ausschuß kommt überein, vor einer Einzelberatung der Haushaltskapitel zunächst über den schriftlichen Einführungsbericht - Vorlage 10/218 - sowie den heutigen ergänzenden Bericht des Ministers zu diskutieren.

Frau Abg. Thoben (CDU) stellt zunächst fest, daß zwischen Regierung und Opposition wohl stets die Frage strittig sein werde, auf wen denn wirtschaftliche Entwicklungen im Lande zurückzuführen seien. Sie könne sich gut an Reden des Ministers in Zeiten erinnern, in denen ein Aufschwung nicht in Sicht gewesen sei; damals habe der Minister geltend gemacht, daß das Land daran keine Schuld trage, sondern daß weltweite Probleme und das Versagen der Bundesregierung dafür ausschlaggebend seien. Sie habe sogar gewisses Verständnis dafür, wenn der Minister nun versuche, den jetzigen Aufschwung wenigstens zu einem Teil auf seine Politik zurückzuführen.

Sie stimme der Aussage des Ministers zu, daß sich Landeswirtschaftspolitik keineswegs in den einzelnen Haushaltsansätzen erschöpfe, sondern daß sie eine Reihe anderer Facetten habe.

Bei der Beurteilung des Strukturwandels habe der Minister darauf hingewiesen, daß man auch die qualitative Seite berücksichtigen müsse. Er habe bedauert, daß sich die Investitionsentwicklung noch nicht so vollziehe, wie man sich das wünschen könnte. Als Kriterium dafür habe er angeführt, daß der Anteil der Ersatzinvestitionen sehr hoch sei, daß aber die Nettoinvestitionen und damit der Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze recht gering seien.

Nach ihrer Auffassung lasse sich das auch anders bewerten. Unstreitig stellten die gesamten Ersatzinvestitionen einen wesentlichen Teil der Anstrengungen zur Modernisierung dar. Viele Dinge, die man an der veränderten Zusammensetzung der Produkte im Lande beurteile, würde man sicherlich gar nicht beobachten können, wenn nicht die Ersatzinvestitionen doch in erheblichem Umfang zu einer Umstellung des Produktionsapparates geführt hätten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Der Hinweis darauf, daß auch hier im Lande das Schaffen von Arbeitsplätzen zu einem beachtlichen Teil im Dienstleistungsbereich zu beobachten sei, finde seine Parallele in vergleichsweise geringen Nettoinvestitionen. Sie wolle zumindest den Zusammenhang nicht ganz ausschließen, daß die Arbeitsplätze in den Bereichen, wo sie geschaffen würden, weniger kapitalintensiv seien.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt müsse die zentrale Frage diskutiert werden, wo denn die regionalpolitische Verantwortung der Landesregierung für die Stahlindustrie und den Steinkohlenbergbau liege. Nach außen hin erweckten verschiedene Minister der Landesregierung zunehmend den Eindruck, als trügen sie dafür keine Verantwortung, als sei das Sache des Bundes, weswegen sie sich - wie zum Beispiel auch der SPD-Fraktionsvorsitzende - eigentlich aus der Finanzierung dieser Bereiche zurückziehen wollten.

In der schriftlichen Einführung in den Einzelplan 08 begründe der Minister bezüglich der Stahlindustrie die finanzielle Beteiligung des Landes mit der regionalpolitischen Verantwortung. Nach ihrer Vorstellung sei die regionalpolitische Verantwortung für den Steinkohlenbergbau zumindest genauso groß. Sicher habe der Minister deswegen auch ein Protokoll der Länderwirtschaftsminister unterschrieben, in dem die regionalpolitische Bedeutung der Steinkohle unterstrichen werde. Dazu gebe es anderslautende Äußerungen anderer Landesminister.

Diese zentrale Frage, durch die - wie der Ergänzungshaushalt belege - erhebliche Mengen Geld im Landeshaushalt gebunden und freigegeben würden, müsse intensiv beraten werden.

Auch im Zusammenhang mit dem Hüttenvertrag müsse von der Landesregierung dargelegt werden, auf wie viele Jahre hinaus sich das Land auch haushaltsmäßig mit der Drittelbeteiligung gebunden habe. Sie hielte es für gut, wenn dies der Öffentlichkeit gegenüber gemeinsam vertreten werden könnte und nicht der Eindruck erweckt würde, als werde hierüber mit unterschiedlicher Zunge geredet.

Im allgemeinen Teil der Aussprache sollte man sich auch mit der Frage der Verwaltungsabläufe im Land auseinandersetzen und klären, ob der Vorwurf, daß es zuviel Bürokratie gebe, berechtigt sei. Die Landesregierung werde nicht umsonst sehr intensiv Gespräche mit der WestLB und anderen Einrichtungen darüber führen, wie Verwaltungsabläufe vereinfacht werden könnten. Bedarf dafür scheine also durchaus zu bestehen, und es gebe ihn speziell auch im Verhältnis zu anderen Bundesländern, in denen die Verwaltungswege kurz und überschaubar seien. Hier gebe es ein Betätigungsfeld, das man ihrer Meinung nach nicht geringschätzen sollte.

Einige Haushaltsansätze seien nicht nur wegen ihrer betragsmäßigen Ausstattung, sondern auch hinsichtlich ihrer inhaltlichen Begründung interessant. Der Minister habe im Gegensatz zu Abg. Müller

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

(Mülheim/Ruhr) (SPD) bereits zugegeben, daß er sich angesichts regionaler Disparitäten im Lande auch Gedanken darüber mache, wie man Wirtschaftspolitik gezielter auf regionale Probleme zuschneiden könne, um in den Räumen Veränderungen zu schaffen.

Wenn man jedoch die Haushaltsansätze betrachte, falle es schwer, in den Kürzungen ein Konzept zu erkennen. Viele Dinge, die vor wenigen Monaten noch in der Regierungserklärung, in Reden im Ausschuß und in öffentlichen Verlautbarungen als unverzichtbar dargestellt worden seien, spielten nun offenbar nicht mehr die ganz große Rolle.

Dies gelte insbesondere für wichtige Bereiche der Mittelstandsförderung. Insofern sollte die Landesregierung auch nach außen hin nicht mehr den Eindruck zu erwecken versuchen, als sei dies der Schwerpunkt des wirtschaftspolitischen Engagements der Landesregierung.

Beim Beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm werde beispielsweise in einer Zeit gekürzt, in der der Minister zusätzliche Investitionen für das Land als dringend erforderlich anmelde.

Der Ansatz für die regionale Wirtschaftsförderung sei ebenfalls ganz erheblich und durch den Ergänzungshaushalt noch weiter gekürzt worden. Bisher sei stets behauptet worden - und das sei auch noch Gegenstand des Landesentwicklungsberichts -, daß die Landesregierung darauf angewiesen sei, durch ergänzende Landesprogramme in wesentlichen Teilen des Landes Investitionen zu fördern, weil die Gemeinschaftsaufgabe nicht schnell genug reagiere.

Sie fragt, ob diese Aussagen keine Gültigkeit mehr hätten; denn solche Kürzungen ließen sich schwer mit dem auch vom Minister erwähnten Aufschwung in Einklang bringen, da die Programme gerade bei einem Aufschwung bekanntlich stärker in Anspruch genommen würden.

Besonders auffällig seien die Kürzungen in dem Bereich, der mit bombastischer Ankündigung der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei, nämlich im Programm Zukunftstechnologien. Sie stelle diesen Punkt insbesondere deshalb heraus, weil nicht nur dieser Bereich gekürzt werde, sondern nach ihren Informationen das Handwerk auch noch bei bestimmten Formen der Weiterbildung auf diese Art Technologiefelder zurückgestutzt werde, in denen der Minister Fortbildung für nötig halte. Sachkundige aus dem Handwerk stellten dazu wohl nicht zu Unrecht die Frage, welche Betätigungsmöglichkeiten denn das Handwerk zum Beispiel im Bereich Werkstofftechnologien habe.

Der Ausschuß habe bei seinem Besuch des Zentrums in Nordrhein-Westfalen für Innovation und Technik GmbH (ZENIT) in Mülheim gehört, daß sich ZENIT entgegen der ursprünglichen Planung gar nicht mehr den acht Technologiefeldern zuwende, sondern sich wahrscheinlich auf den Bereich Umwelttechnologien/Altlasten konzentrieren werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Sie fragt ferner, wo denn im Haushalt das zu finden sei, was bei dem Besuch in Mülheim ebenfalls vorgetragen worden sei und damals schon als weitgehend spruchreif erschienen sei: ein Landesprogramm Technologieassistenten.

Wesentlicher Bestandteil aller öffentlichen Verlautbarungen von Mitgliedern der Landesregierung sei die Intensivierung der Erschließung von Auslandsmärkten. Enorm steigende und neue Aktivitäten würden angekündigt, im Haushalt aber finde das keinen Niederschlag. Sie fragt, ob all die geplanten Initiativen für den Landeshaushalt nicht relevant seien.

Das Land habe bereits im November 1985 im AUMA-Kalender die Förderung zahlreicher Auslandsmessen bekanntgegeben. Dem Ausschuß lägen derartige Informationen offiziell aus dem Ministerium noch nicht vor, so daß für die Ausschußmitglieder bisher nicht erkennbar sei, welche Messen im Jahre 1986 aus dem Messeprogramm gefördert werden sollten.

Sie möchte wissen, ob es bei der Ankündigung vom November 1985 bleibe oder ob möglicherweise die beratenden und informierenden Institutionen auch nicht wüßten, welche Messen gefördert würden - was es natürlich erschwere, für dieses Programm zu werben.

Die Zukunft der Kohle habe bisher allen sehr am Herzen gelegen. Die prinzipielle Frage, ob das Land weiter die Kohlefinanzierung mittrage, habe sie bereits eingangs angesprochen.

Was aber die Kohleforschung angehe, so werde in zahlreichen Briefen von Forschern die Sorge vorgebracht, daß, wenn der Haushaltsplanentwurf unverändert verabschiedet würde, 80 bis 100 Arbeitsstellen in diesem Bereich gefährdet würden. Laufende Forschungsvorhaben sowohl auf dem Gebiet der Verbesserung der Grubensicherheit als auch auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung unter Tage könnten nicht weitergeführt werden.

Hiermit werde ihres Erachtens der Nerv der Glaubwürdigkeit der Aussagen berührt, was man für die Zukunftssicherung des Steinkohlenbergbaus zu tun bereit sei.

Drei neue Ansätze tauchten im Haushalt auf, die etwas mit alternativer Ökologie zu tun hätten. Sie bittet um Auskunft, wo der Schwerpunkt der Verausgabung dieser Mittel liegen solle, ob die Programme wie in Berlin mit den Wirtschaftsorganisationen durchgesprochen worden seien, um die tatsächlichen Beratungslücken zu entdecken, oder ob hiermit ein paar "Spielwiesen" in den Landeshaushalt eingebaut worden seien.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) erklärt, es sei zwar verständlich, wenn Frau Abg. Thoben (CDU) die in vielen Bereichen gegenwärtig durchaus erfreuliche Konjunktur der Bundesregierung zu-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

schreibe. Mit dieser Ansicht stehe Frau Abg. Thoben aber ziemlich allein; denn in der Fachpresse sei kaum ein Kommentator der Meinung, daß die günstige konjunkturelle Lage ein Verdienst der Bundesregierung sei; vielmehr gehe der Tenor der Kommentare dahin, daß die günstige Situation wichtiger volkswirtschaftlicher Faktoren ein Geschenk für die Bundesregierung darstelle.

Wenn Frau Abg. Thoben dem Haushaltsplan die Überschrift "Haushalt der Kürzungen" gegeben habe, so könne seine Fraktion dem in keiner Weise zustimmen. Es handele sich vielmehr um einen Haushalt der Kontinuität und des Setzens neuer Akzente an verschiedenen Stellen - selbstverständlich unter Berücksichtigung des finanziell Möglichen. Wichtige Bereiche der Förderung der Wirtschaft durch das Land Nordrhein-Westfalen wiesen Kontinuität und sogar Ausweitungen aus: die Außenhandelsförderung, die Verbraucherpolitik, die vielfältigen Beratungshilfen.

Man sehe in dem Entwurf einen Haushalt der Kontinuität auch angesichts der Tatsache, daß dieses Land gerade im Jahre 1985 seine - traditionell schon auf einem hohen Niveau stehende - Wirtschaftskraft deutlich habe steigern können. Die SPD sei davon überzeugt, daß dazu auch die Politik der Landesregierung beigetragen habe.

Seine Fraktion sei nicht der Auffassung, daß es eine Absage an die Förderung in bestimmten technologischen Bereichen gebe. Die Landesregierung habe schließlich seinerzeit gerade im Bereich der Zukunftstechnologien vorgeschlagen, vier Jahre lang insgesamt 400 Millionen DM in bestimmten technologischen Feldern einzusetzen. Selbstverständlich könne man nicht erwarten, und es entspreche auch nicht der Erfahrung, daß ein solches Programm gleich im ersten Jahr genau mit einem Viertel des für vier Jahre vorgesehenen Betrages starte. Neue Programme brauchten immer eine Anlaufzeit, in der der Einsatz der finanziellen Mittel zwangsläufig niedriger sei als in den Folgejahren.

Die SPD-Fraktion gehe davon aus, daß das Gesamtvolumen, das im Bereich Zukunftstechnologien ins Auge gefaßt worden sei, auch zugesagt bleibe und daß die Raten der nächsten noch anstehenden Programmjahre entsprechend höher seien. Soweit man erkennen könne, sei das Interesse der Wirtschaft daran sehr groß.

Seine Fraktion könne auch nicht der Vermutung von Frau Abg. Thoben (CDU) folgen, daß die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich mit weniger Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz zustande gekommen seien, als es bisher im gewerblichen Sektor der Fall gewesen sei. Vielmehr lehre die Erfahrung, daß die Einrichtung neuer Arbeitsplätze gerade im Dienstleistungsbereich ganz enorme Investitionen voraussetze.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) geht auf Seite 6 der schriftlichen Einführung in den Einzelplan 08 - Vorlage 10/218 - ein, wonach sich die ergänzende Regionalförderung des Landes hinsichtlich der Abgrenzungskriterien bisher eng an die Gemeinschaftsaufgabe gehalten habe.

Die weiteren Ausführungen seien seines Erachtens so auszulegen, daß man letztendlich zu anderen Kriterien kommen müsse, wenn Nordrhein-Westfalen nicht stärker berücksichtigt werde. Die Bestimmung und Gewichtung solcher Kriterien sei eine hochpolitische Entscheidung, über die nach seiner Auffassung auch im Wirtschaftsausschuß zu diskutieren wäre.

Was die Technologieförderung betreffe, so müßten seiner Meinung nach Programme, die über Jahre fortgeschrieben würden, jährlich auch daraufhin überprüft werden, ob die ursprünglichen Annahmen heute noch gegeben seien.

Ihn interessiere, ob die Landesregierung in den einzelnen Technologieprogrammen nur die Notwendigkeit sehe, einmal bewilligte Projekte zu Ende zu fördern, oder ob in einem derartigen Programm auch Platz für neue Projekte geschaffen würde. Wenn er den Haushalt nämlich richtig lese, sei in manchen Programmen gar kein Raum für neue Maßnahmen. Zum Beispiel handle es sich nach seinem Verständnis bei Stahl lediglich noch um die Abwicklung von einzelnen Projekten, während eine Förderung neuer Projekte nach Ansicht der Landesregierung offensichtlich nicht mehr erforderlich sei; denn sonst müßte das Volumen größer sein.

Insgesamt sehe er eine Schwierigkeit darin, daß bei den Zukunftstechnologien die Landesregierung auch branchenspezifisch definiere, was gefördert werden solle. Er habe diesen Punkt deswegen angesprochen, weil es sich dabei zum einen schon vom Finanzvolumen her um einen bedeutenden Posten handle, der zum anderen allerdings auch für die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur des Landes von ganz herausragender Bedeutung sei.

Minister Dr. Jochimsen geht auf die Diskussionsbeiträge wie folgt ein:

Die Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) zur Kohle beantworte sich mit dem Entscheid der Landesregierung, den er bekanntgemacht habe, daß die Landesregierung die Kokskohlenbeihilfe noch einmal um 321 Millionen DM aufstocke. Dies widerspreche allen zitierten Gerüchten.

Was die Notwendigkeit dieser Aufstockung betreffe, so erinnere er daran, daß Bundeswirtschaftsminister Bangemann und Bundesfinanzminister Stoltenberg im Juli vergangenen Jahres in einer großen Pressekonferenz den Abbau der Subventionen verkündet hätten; dabei habe man schon damals die Rückläufigkeit des Dollars gesehen

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986

the-ro

und wissen müssen, daß dadurch die Subventionserfordernisse wie etwa die Kokskohlenbeihilfe erhöht würden.

Er folge gleichwohl dem Prinzip, daß das Land als Mitfinanzier eines Drittels hier nicht selbständig etatisieren sollte, sondern daß das nur in Absprache mit dem Bund geschehe. Das Land folge hier dem Bund, der zunächst den Subventionsabbau gefeiert habe und nun die Mittel erheblich aufstocken müsse.

Die Landesregierung habe dem Hüttenvertrag - auch dem jetzt ausformulierten - zugestimmt, allerdings unter der Voraussetzung der rechtlichen und haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes. Selbstverständlich habe dieses Übereinkommen mit der Bundesregierung, den Hüttenvertrag wie bisher zu flankieren, nicht Staatsvertragscharakter, sondern unterliege den jährlichen Haushaltsberatungen des Landtags.

Er erinnert in diesem Zusammenhang an die unter anderem von seiten Nordrhein-Westfalens vor dem Bundesverfassungsgericht anhängige Klage, wozu er von der großen Oppositionspartei dieses Landes bisher noch keinerlei politische Stellungnahme außer der gelesen habe, daß man nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen dürfe; die F.D.P.-Fraktion sehe das offenbar insofern anders, als sie berücksichtige, daß hierbei Landesinteressen wahrgenommen würden und daß dabei auch die Frage mit zur Diskussion stehe, wer eigentlich im Bundesstaat die Verantwortung für welche Art von Politik trage.

Der Bund habe sich Anfang der 60er Jahre mit der Heizölsteuer eine Sondersteuer für Kohleprobleme, eine spezielle Kohlebegünstigungssteuer, geschaffen, die seit 1964 allgemein zur Deckung von Ausgaben im Bundeshaushalt denaturiere.

Möglicherweise werde das Bundesverfassungsgericht sagen - was er für richtig hielte und begrüßen würde -, daß diese Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt der sektoralpolitischen Verantwortung nur dem Bundesstaat obliege; denn was hier in der Frage der Verantwortlichkeiten diskutiert werde, werde leider durch das Stichwort "regional" auf eine völlig schiefe Ebene geschoben.

Selbstverständlich gebe es keine Entscheidung, die nicht auch regionalpolitische Auswirkung hätte, weil jeder Standort auch in einer Region der Bundesrepublik liege. Das aber sei etwas ganz anderes als die Verantwortung für regionale Wirtschaftsförderung, die der Bund dem Land zu 100 % zuzuschieben versuche. Danach fielen Fragen der Kohle, des Stahls, der Ausbildungsplätze unter regionalpolitische Verantwortlichkeit, und es gebe überhaupt keine Verantwortung mehr für nationales Handeln, für Handeln des Gesamtstaates.

Er mache den Ausschuß auf eine weitere sehr wichtige Entwicklung aufmerksam: Als Folge des EG-Kohlepapiers könne es geschehen, daß den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft sogar noch Kohlehilfe verboten werde, daß also die EG dort, wo sie nicht selber aktiv werde

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

den Mitgliedsstaaten das Handeln verbiete. Gegenwärtig erkenne die EG-Kommission für die nächsten fünf Jahre noch einmal die bisherigen Regime an, wolle sie aber im einzelnen genehmigen.

Wie sehr der Kampf um regionale oder sektorale Verantwortlichkeit gehe, habe man beim Stahl erlebt: Der Bund habe verlangt, daß das Land unter der Überschrift "regionale Verantwortlichkeit" die Hälfte der Förderung übernehme. Er, Jochimsen, habe die Ansicht vertreten, daß es sich dabei allenfalls hälftig um Sektoralpolitik und hälftig um Regionalpolitik handele; und da der Bund an der Regionalförderung mit 50 % beteiligt sei - Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG - und die Sektoralförderung voll tragen müsse, würden dann, wenn eine solche Rechnung überhaupt angestellt werden dürfe, auf den Bund immerhin 75 % und auf das Land nur 25 % entfallen.

Im Sinne einer vernünftigen Aufgabentrennung und angesichts der Tatsache, daß die Sektoralpolitik überhaupt nur noch in Brüssel und Bonn gemacht werden könne, sei es einfach abstrus, hier eine Verantwortung für sektoralpolitische Probleme zu konstruieren, die überhaupt nicht wahrgenommen werden könne.

Genau in diese Richtung führe auch die jetzige Nord-Süd-Debatte: Für alles Positive - Konjunkturaufschwung, Preisstabilität, ausgeglichene Zahlungsbilanz - werde die Verantwortung von der Bundesregierung reklamiert, und die Schwierigkeiten in allen Sektoren würden regionalisiert und in die Verantwortung des Landes verwiesen. Eine solche Argumentation aus durchsichtigen parteipolitischen Motiven werde, wie man bei den Wahlen gesehen habe, auch von den Bürgern dieses Landes nicht verstanden.

Was das schon in der Wirtschaftsausschußsitzung in Mülheim angesprochene Thema "Innovationsassistenten" angehe, so werde das Land im Rahmen des Technologieprogramms Wirtschaft im Jahre 1986 zweimal 50 Plätze mit 50 % Zuschuß, maximal 25 000 DM, fördern. Dies werde über ZENIT analog zum Technologieberatungsprogramm abgewickelt.

Bei der beruflichen Weiterbildung und der Konzentration auf die acht Aufgabenfelder handele es sich um Orientierungen, die seines Erachtens selbstverständlich seien und der Forderung von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) entsprächen: daß jedes Programm fortgeschrieben müsse. Also müsse auch im Handwerk darüber gesprochen werden, wie man da, wo die Landesregierung zusätzliches Handeln für erforderlich halte, dies ermögliche.

Der Bewilligungsrahmen für das Programm Zukunftstechnologien mache im Etat des Wirtschaftsministers 240 Millionen DM aus. Dieser Bewilligungsrahmen werde bis 1988 etatisiert.

Der Kritik der Opposition an dem Baransatz von 50 Millionen DM sei folgendes entgegenzuhalten: Zunächst einmal müsse eine jährliche Fortschreibung erfolgen, und es sei jeweils zu prüfen, was notwen-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

dig sei. Zum anderen könne sich die Ankündigung eines Förderprogramms nicht sofort mit abschließenden Baransätzen im Haushalt niederschlagen. Das Programm solle deutlich mit Geld ausgestattet werden, aber es solle einen über die bewilligten Mittel hinausgehenden Struktur- und Anreizeffekt ausüben. Und für eine solche Orientierungshilfe brauche man Zeit.

Wenn die Diskussion über die Technologiepolitik des Landes nur mit Blick darauf geführt werde, was zusätzlich in Baransätzen getan werde, gehe sie nach seiner Überzeugung fehl. Der Bewilligungsrahmen sei für alle diese Förderungstätigkeiten entscheidend, und dazu gehörten Baransätze, Verpflichtungsermächtigungen und Reste. Selbstverständlich stehe das, was in 1985 nicht ausgezahlt worden sei, obwohl es bewilligt worden sei, und das, was noch nicht durch Bewilligung aufgezehrt worden sei, innerhalb des Bewilligungsrahmens von 240 Millionen DM insgesamt auch weiterhin zur Verfügung.

Man dürfe sich nicht in die Situation hineinmanövrieren, daß Zukunftstechnologien jetzt gesichert werden müßten und der Rest - etwa Bergbauforschung oder Stahl - beiseite gelegt werden könne. Bekanntlich gehörten zu den acht Orientierungsfeldern auch "neue Werkstoffe", und dazu gehöre natürlich auch Stahl.

Man stehe nun vor der Aufgabe, die Technologieprogramme zusammenzuführen. Dabei seien die ausgesprochenen Bewilligungen zu berücksichtigen, die abgewickelt werden müßten, und es stelle sich die Frage der Anschlüsse und der Prioritätensetzung. Diese Aufgabe werde sehr genau wahrgenommen und spiele bei jedem Projekt eine Rolle. Deshalb würden dem Ausschuß mit den Haushaltsunterlagen auch Projektlisten vorgelegt, die allerdings vorläufigen Charakter besäßen.

Was die Bergbauforschung betreffe, so habe er mit Betroffenheit gesehen, daß Betriebsräte, Vorstandsmitglieder und andere sehr schnell aktiv würden und auf die erste Priorität des Bergbaus pochten. Gerade wenn man aber fortschreiben wolle - was seine Absicht sei -, dann müsse man auch die Frage stellen dürfen, ob denn der Eigenanteil, den die Kohleunternehmen in diesem Lande in den letzten zwölf Jahren mit etwa 25 % geleistet hätten, eigentlich angemessen sei.

Dieser Anteil sei in der ersten Energiekrise herabgesetzt worden, als man danach gefragt habe, wie man der Kohle in einer Notsituation helfen könne. Jetzt aber müsse man die Regelung auf dauerhafte Grundlagen stellen.

Im übrigen werde mit einem Haushaltsansatz nicht über eine Projektliste, sondern über einen Bewilligungsrahmen entschieden, innerhalb dessen man handeln könne. Er akzeptiere überhaupt nicht die Argumentation, daß eine Verfügbarkeit von nur 8,25 Millionen DM soundso viele Arbeitsplätze koste. Es gehe vielmehr um eine Aufforderung an alle Beteiligten, sich in dieser Situation um Lösungen zu bemühen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Bergbauforschung habe Priorität, aber in einer vernünftigen Zuordnung. Dasselbe gelte für Stahl und natürlich auch für Energie. Insofern stehe man vor der Aufgabe, das Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen integriert zu ermöglichen. Dazu seien Vorarbeiten nötig, mit denen man jetzt beschäftigt sei. Der Haushalt 1987 werde das deutlicher ausweisen, als es bisher von seiten der Opposition dargestellt worden sei.

Der regionalen Wirtschaftsförderung des Landes räume er innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe und der ergänzenden Landesförderung allenfalls einen Stellenwert von einem Viertel ein. Es verstehe sich von selbst, daß man über die Kriterien reden müsse. Er werde wie bisher dem Ausschuß sofort berichten, wenn die Abgrenzungsfragen in der Gemeinschaftsaufgabe einen Schritt weiter vorangekommen seien.

Der Minister betont, daß, wenn man Fördergebiete ausgewiesen habe, der Bewilligungsrahmen natürlich eine Rolle spiele. Der Wirtschaftsminister befinde sich immer in einer schlechten Lage, wenn Bewilligungen ausgesprochen worden seien, aber die Mittel nicht abgerufen würden. In Nordrhein-Westfalen gebe es drei Großprojekte, die gegenwärtig in der Luft hingen, weil die Investitionstätigkeit nicht in Gang komme, bei denen er aber Zusagen gemacht habe, die er haushaltsmäßig vorhalten müsse.

Wenn man die Ausgaben der letzten Jahre betrachte, könne man sagen, daß man mit dem jetzigen Bewilligungsrahmen ein gutes Maß an Möglichkeiten aufrechterhalte.

Minister Dr. Jochimsen unterstreicht, daß Baransätze, Verpflichtungsermächtigungen, ausgesprochene Bewilligungen und Handlungsmöglichkeiten die Dimensionen seien, die die Beurteilung eines solchen Programms ausmachten; der Baransatz allein sei irreführend. Deshalb sei es auch so leicht, den Wirtschaftsetat völlig falsch zu lesen.

Der Ausschuß wendet sich sodann der Beratung der einzelnen Haushaltskapitel zu. In diesem Protokoll werden nur die Kapitel aufgeführt, zu denen das Wort ergriffen wird.

Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen

Zu Titel 526 00 - Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen - bezieht sich Frau Abg. Thoben (CDU) auf Position 5 im Erläuterungsband - Vorlage 10/206 -. Dabei gehe es um ein PROGNOSE-Gutachten "Energiepolitische, gesamtwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Folgen einer möglichen Reduzierung der Braunkohlenförderung". Sie fragt, wann das Gutachten vorliegen werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

S.  
22.01.1986  
the-ro

Staatssekretär Vollmer erläutert, das Gutachten sei mit PROGNOSES besprochen worden; dabei habe man bestimmte Fragen gestellt, die nach Auffassung des Ministeriums noch nicht richtig beantwortet seien. Er unterstelle, daß PROGNOSES das Gutachten so schnell wie möglich abschließen werde.

Abg. Apostel (SPD) bittet, Sorge dafür zu tragen, daß der Wirtschaftsausschuß über dieses Gutachten gleichzeitig mit dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung und nicht etwa später darüber informiert werde. Staatssekretär Vollmer macht deutlich, daß nach Ansicht des Wirtschaftsministers die Braunkohlenpolitik und die Energiepolitik trotz aller mit dem Umweltschutz zusammenhängenden Fragen im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ressortiere und daß man diesen Ausschuß entsprechend unterrichten werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, was es bedeute, daß unter den Ziffern 6, 7, 10 und 11 als Empfänger der Landesmittel jeweils "Privatperson" angegeben sei. MinDgt Tümpel (MWMT) legt dar, daß es sich dabei um einzelne Wissenschaftler, nicht um Institutionen handele, und verweist im übrigen auf die datenschutzrechtliche Problematik. Staatssekretär Vollmer sagt zu, der Frage der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit der Benennung von Privatpersonen nachzugehen. Wenn sich deren Nennung als zulässig erweise, werde man in der nächsten Sitzung die Namen vortragen.

Unter Hinweis darauf, daß bei den Gutachten unter den Ziffern 10 und 11 im Jahre 1985 kein Ansatz dafür ausgewiesen sei, fragt Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) danach, ob diese Gutachten nicht jährlich fortgeschrieben würden. - Die Fortschreibung erfolgt nach Auskunft von Staatssekretär Vollmer nicht periodisch, sondern nach Bedarf.

Zu Titel 683 00 - Zuschüsse für die Ausbildung und Betreuung von qualifizierten Fachkräften für die gewerbliche Wirtschaft aus Entwicklungsländern - fragt Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) nach der voraussichtlichen Aufteilung dieses Titels auf die verschiedenen Länder im Jahre 1986.

MinDgt Dr. Reichling (MWMT) verweist zunächst auf die bis in die 60er Jahre reichende Tradition der Förderung von Fachkräften aus Entwicklungsländern, die sich ursprünglich auf Fachkräfte aus dem Fremdenverkehrsbereich in Tunesien konzentriert habe.

Da im Laufe der Jahre bereits 700 solcher Fachkräfte aus Tunesien gefördert worden seien, habe man deren Förderung stark zurückgefahren und den Schwerpunkt auf Fachkräfte aus China verlagert.

Daraus erkläre sich auch die beträchtliche Aufstockung: Bekanntlich habe Nordrhein-Westfalen zwei Partnerschaftsprovinzen in China, und diese Partnerschaft solle durch die alljährliche Ausbildung einer namhaften Zahl von Fachkräften aus diesen Provinzen vertieft werden.

Inzwischen kämen etwa 90 % dieser Fachkräfte aus China und rund 10 % aus Tunesien. Dies seien die beiden einzigen Länder, aus denen solche Fachkräfte hierherkämen.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. Mayer (Düsseldorf) (SPD) fügt MinDgt Dr. Reichling (MWMT) hinzu, die Aufstockung des Ansatzes von 1 Million auf 2,4 Millionen DM bedeute eine kräftige Ausweitung schon für 1986. Eine genaue Bezifferung sei insofern schwierig, als die Laufzeit der Programme normalerweise 18 Monate betrage und sich die Programme daher zeitlich überlappten. Zielgröße sei, aus den beiden chinesischen Partnerprovinzen durchgängig je 20 Teilnehmer in Nordrhein-Westfalen zu haben und aus Tunesien etwa fünf oder sechs.

#### Kapitel 08 030 - Wirtschaft - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Namens seiner Fraktion begrüßt Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) ausdrücklich die Einnahmen bei Titel 286 10 - Finanzierungsbeiträge des Fonds für regionale Entwicklung - und Titel 286 20 - Erstattungen der EG-Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds -; diese europäischen Maßnahmen seien für die Arbeit hier im Lande von großem Gewinn.

Im Zusammenhang mit Titel 541 00 - Kosten für Repräsentationsmaßnahmen im Rahmen der Hannover-Messe - und unter Hinweis darauf, daß im vergangenen Jahr auch Kosten für die Hannover-Messe in Kapitel 08 020 Titel 531 10 ausgewiesen worden seien, bittet Frau Abg. Thoben (CDU) um eine Zusammenstellung aller Aufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen für den NRW-Stand auf der Hannover-Messe. Staatssekretär Vollmer sagt eine solche Zusammenstellung zu.

MinDgt Tümpel (MWMT) erklärt den gegenüber dem Vorjahr erhöhten Ansatz bei Titel 541 00 damit, daß sich die ursprünglich eine Hannover-Messe in die beiden Veranstaltungen CEBIT und Industrie-Messe geteilt habe. Für jede dieser Messen seien 150 000 DM an Kosten zu zahlen. Hinzu kämen Kosten für Investitionen, für den angemieteten Stand, die Miete für den Pavillon und weitere notwendige Kosten in Verbindung mit diesen Veranstaltungen. Der Ansatz werde sich im nächsten Jahr um die jetzt erforderlichen Einmalaufwendungen reduzieren.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Der stellvertretende Vorsitzende möchte wissen, inwieweit die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen durch Titel 661 10 - Schuldendiensthilfen zur Förderung ökonomischer Projekte örtlicher Beschäftigungsinitiativen - tangiert werde.

Staatssekretär Vollmer erwidert, die Tätigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft werde dadurch nicht berührt. Sie werde dies in ihr Beratungsinstrumentarium aufnehmen, aber keine eigene Zuständigkeit dafür bekommen.

Frau Abg. Thoben (CDU) stellt fest, daß drei Positionen, die etwas mit diesen neuen Ideen zu tun hätten, über den Etat verteilt seien. Sie fragt, wo und mit welcher Begründung die Landesregierung eine Lücke aufgedeckt zu haben glaube, die diese neue Konstruktion erforderlich mache.

Staatssekretär Vollmer schlägt vor, dem Ausschuß einmal die diesen Förderungsmaßnahmen zugrunde liegende "Philosophie" vorzutragen, die ja im Rahmen des Stahlstandorte-Sonderprogramms auch in das Sonderprogramm Ruhrgebiet ausstrahle.

Leitender Ministerialrat Dr. Goeke (MWMT) verweist auf die Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 7. Juni 1984, in der herausgestellt werde, daß die örtlichen Beschäftigungsinitiativen eine phänomenale Entwicklung genommen hätten. Der Rat erkenne an, daß diese Initiativen wegen der Möglichkeit der Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in kleinen Betrieben einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten könnten. Er habe Aktionen der Mitgliedstaaten und Maßnahmen auf der Gemeinschaftsebene angeregt.

In Nordrhein-Westfalen seien Überlegungen angestellt worden, wie man sich den kleinen und mittleren Betrieben bzw. potentiellen Existenzgründern nähern könne. Man habe beobachtet, inwieweit hier traditionelle Programme der Mittelstandsförderung Zugang hätten. Nach Auffassung des Ministeriums seien diese Programme einschlägig und könnten in Anspruch genommen werden. Es gebe aber gewisse Hemmungen bei den "Inanspruchnehmern" - Hemmungen, die möglicherweise auch in der Konstruktion dieser Programme begründet seien.

Das Ministerium habe sich deswegen um eine Öffnung bestehender Mittelstandsprogramme bemüht, wobei es aber eine strikte Beschränkung auf ökonomische Projekte gebe.

So werde zunächst ein Kreditplafonds geschaffen, der voraussichtlich im Bankenverfahren abzuwickeln sei. Des weiteren solle in den Stahlstandorten des EG-Stahlstandortesonderprogramms, nämlich

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

in Bochum, Dortmund und Duisburg, ein Beratungsdienst installiert werden, bei dem jeweils einer in der Kommune für die Koordinierung verantwortlich sei; dabei werde nach Bedarf mit freien Beratern gearbeitet. Schließlich sollten in einer Experimentierphase Möglichkeiten für neuartige Formen der Existenzgründung geschaffen werden, bei denen mehr der innovative Charakter im Vordergrund stehe.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, worin die Hemmungen der "Inanspruchnehmer" im Gegensatz zu anderen Existenzgründern bestünden und ob diese Hemmungen nach Auffassung der Landesregierung an Stahlstandorten besonders groß seien.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) fragt nach, ob derjenige, der einen Arbeitsplatz habe, bei einer Existenzgründung genauso gefördert werde wie ein Arbeitsloser. Nach seiner Auffassung müsse sichergestellt sein, daß das persönliche Risiko bei einer Existenzgründung in allen Fällen gleich sei und nicht in einem Fall gemindert werde.

Staatssekretär Vollmer versichert, daß keine Bevorzugung eintreten werde. Sobald der Haushalt verabschiedet worden sei, werde man die Erlasse herausgeben und sie dem Ausschuß zur Kenntnis bringen.

In den Ruhrgebietsstandorten könnten allerdings die nach dem bisherigen System gewährten Mittel aus Mitteln der EG erhöht werden, was jedoch für alle beantragten Investitionen in den Sonderstandorten des Ruhrgebiets gelte.

Im übrigen werde in dem laut Drucksache 10/500 in § 4 des Haushaltsgesetzes neu einzufügenden Absatz 5 die Möglichkeit vorgesehen, anstelle von Bürgschaften bis zu einer bestimmten Höhe Haftungsfreistellungen zur Haftungsentlastung der Kreditinstitute für die Hergabe von Krediten an solche Initiativen zu gewähren.

Die Zusatzfrage von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.), ob diese Möglichkeit auch demjenigen gegeben sei, der nicht einer solchen Initiative angehöre, verneint der Staatssekretär; man habe hiermit eine Möglichkeit für die Fälle schaffen wollen, in denen sich Banken üblicherweise weigerten, Kredite zu gewähren.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) sieht hierin eine unterschiedliche Behandlung potentieller Existenzgründer. Man müßte demnach jetzt demjenigen, der bisher die Bank um einen Kredit gebeten hätte, raten, sich einer solchen Initiative anzuschließen, um auf diese Weise das mit dem Kredit verbundene persönliche Risiko mit Hilfe dieser Freistellung zu umgehen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Staatssekretär Vollmer gibt zu bedenken, daß der Betreffende nicht die für dieses neugeschaffene Instrumentarium notwendigen Voraussetzungen erfüllen werde. In den noch zu erlassenden Richtlinien werde man die Antragsvoraussetzungen beschreiben und dabei Sorge dafür tragen, daß kein Überwechseln aus dem einen in das andere Programm möglich sei. Dies könnte das Land angesichts der dafür vorgesehenen Haushaltsansätze ohnehin nicht durchhalten.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) geht davon aus, daß dem Ausschuß die Richtlinien zur Kenntnis gegeben würden; denn es sei sicher allen daran gelegen, dieses neue Instrumentarium möglichst transparent zu machen.

Die SPD sehe mit großem Interesse, daß hier etwas für Nordrhein-Westfalen Neues versucht werde. Nach seinen Informationen geschehe Ähnliches zum Beispiel in Berlin bereits mit einigem Erfolg.

Man sei sich einig darin, daß hierdurch niemand bevorzugt werden solle; es müsse vielmehr darum gehen, gleiche Startchancen zu schaffen. Solche - im übrigen ja auch vom Europäischen Rat begrüßten - Initiativen seien es sicher wert, daß man darauf sein Augenmerk lenke und sich darum auch im Wege der Mittelbereitstellung nach besonderen Richtlinien kümmere.

Abg. Harbich (CDU) befürchtet, daß durch die Einrichtung der neuen Beratungsstellen eine Konkurrenz zu den schon bestehenden eintreten könnte. Auf jeden Fall müsse ausgeschlossen werden, daß eine Doppelbetreuung erfolge und daß sich gewissermaßen ein "Rotationsprinzip" von einer Stelle zur anderen entwickle. Er habe gewisse Zweifel, ob man für die Beratung auf diesem Neuland in den Kommunen Leute mit hinreichender Erfahrung in der Wirtschaft finden werde.

Der Minister betont, daß man an den drei Standorten, an denen diese Büros gefördert werden sollten, mit den Kommunen zusammenarbeite. Selbstverständlich werde man dafür sorgen müssen, daß aus den verschiedenen Förderprogrammen kein "Verschiebebahnhof von Zuständigkeiten" werde.

Staatssekretär Vollmer äußert die Überzeugung, daß die Kommunen im Ruhrgebiet mit ihren hohen Arbeitslosenzahlen ein großes Interesse daran hätten, solche Berater zu finden, die die durch den Haushalt gebotenen Möglichkeiten in gewünschter Weise nutzen könnten.

Der stellvertretende Vorsitzende bezieht sich zu Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH - auf Seite 24 des

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Erläuterungsbandes, wonach besondere Informationskampagnen in den Stahlstandorten durchgeführt worden seien. Er fragt, warum solche Werbung nicht auch in den schwachen ländlichen Räumen erfolge.

Minister Dr. Jochimsen weist mit Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftsförderungsgesellschaft diese Aufgabe im ganzen Lande wahrnehme, und zwar seit Jahren gerade auch für die Textilstandorte im Westmünsterland und in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe.

Das Stahlstandortesonderprogramm sei 1981 auf gemeinsamen Willen aller Fraktionen im Landtag hinzugekommen. Dieses neue Programm, bei dem vor allem die Zusammenarbeit mit den kommunalen Wirtschaftsförderern ganz besonders wichtig sei, habe zunächst einmal in Gang gebracht werden müssen.

Er erinnert an die seinerzeitige Kritik der Opposition, daß große Zahlen von Ersatzarbeitsplätzen in den Raum gestellt würden, aber nicht konkret dafür gearbeitet würde. Die Landesregierung habe sich jedoch große Mühe gegeben, die Förderung gerade in den Stahlstandorten vorrangig voranzutreiben.

Daraus werde deutlich, daß die Gesellschaft auch Schwerpunktaufgaben wahrzunehmen habe, wozu in der letzten Legislaturperiode die Stahlstandorte gezählt hätten. Wenn er die heutige Diskussion richtig einschätze, sehe die Opposition dies genauso; denn Frau Abg. Thoben (CDU) habe vorhin gefordert, Mittel über die regionale Wirtschaftsförderung hinaus einzusetzen - und hierzu gehöre die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, insbesondere wenn man etwa die Ansiedlung ausländischer Unternehmen vorantreiben wolle.

Staatssekretär Vollmer bekräftigt, daß es Aufgabe der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) sei, die Investitionstätigkeit im ganzen Lande anzuregen; dabei werde das Gerechtigkeitsprinzip beachtet. Diese Aufgabe werde von der GfW nach wie vor erfüllt. Allerdings hebe man diese grundlegende und von der GfW tagtäglich wahrgenommene Aufgabe nicht ständig wieder hervor. Im Erläuterungsband sei dagegen der im letzten Jahr durchgeführte Sonderauftrag besonders erwähnt worden. Das bedeute jedoch nicht, daß die Tätigkeit der GfW eine Priorität für die Stahlstandorte aufweise; hier habe lediglich ein größerer Informationsbedarf hinsichtlich des neuen Stahlstandorteprogramms bestanden.

Frau Abg. Thoben (CDU) ist der Meinung, daß auch in Ruhrgebietsstädten, die nicht unter das Stahlstandorteprogramm fielen, die nicht ganz unberechtigte Sorge bestehe, daß diese Sonderaktion auch Sonderakquisition bedeute und daß deswegen letzten Endes Entscheidungen zu Lasten anderer Standorte fallen könnten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Der stellvertretende Vorsitzende macht - bei Widerspruch durch den Staatssekretär - geltend, daß es seines Wissens eine solche Sonderaktion für das gefährdete Textilgebiet des westlichen Münsterlandes noch nicht gegeben habe.

Dem Vorschlag von Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD), den Geschäftsführer der GfW zu einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses einzuladen, um ihn über die Arbeit der GfW berichten zu lassen und um Fragen an ihn stellen zu können, schließt sich der Ausschuß an.

Abg. Westermann (SPD) verweist auf das "Handbuch für Investoren", in dem sich jeder Unternehmer über alle im Lande gegebenen Fördermöglichkeiten unterrichten könne. Darüber hinaus gebe es spezifische Fördermaßnahmen, die es gesondert darzustellen gelte, und in dem Rahmen bewegten sich die zur Diskussion stehenden Informationskampagnen der GfW.

Staatssekretär Vollmer hebt hervor, daß die Wirtschaftsförderung ihre Aufgabe nicht erfüllt hätte, wenn sie keine besondere Aktion für die Stahlstandorte unternommen hätte. Es sei ihre Aufgabe, die Investoren dort hinzulenken, wo jeweils zur Zeit Investitionsansiedlungen möglich seien. - Das "Handbuch für Investoren" werde, da es offenbar nicht allen Ausschußmitgliedern bekannt sei, den neuen Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zugeleitet.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) begrüßt die Erhöhung des Ansatzes bei Titel 685 11 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs -; denn der Fremdenverkehr sei mit rund 200 000 Beschäftigten ein gewichtiger Wirtschaftszweig des Landes.

Da ausweislich des Erläuterungsbandes ein erheblicher Teil der Landeszuschüsse für die Internationale Tourismus-Börse in Berlin vorgesehen sei, rege er an, daß der Ausschuß den während der Messe stattfindenden "Nordrhein-Westfalen-Tag" besuche.

Minister Dr. Jochimsen weist darauf hin, daß es außerordentlich schwierig gewesen sei, den Haushaltsansatz um 200 000 DM zu erhöhen. Darin seien einmalige Aufwendungen für eine Gemeinschaftshalle enthalten, in der die vier Fremdenverkehrsverbände, die bisher einzeln gefördert worden seien, gemeinsam ihre Aktivitäten darstellten.

Er würde es sehr begrüßen, wenn der Ausschuß den "Nordrhein-Westfalen-Tag" während der Internationalen Tourismus-Börse, die am 3. März 1986 in Berlin eröffnet werde, besuchen könnte.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Der stellvertretende Vorsitzende stellt Einvernehmen der Fraktionen über den Vorschlag zum Besuch der ITB fest.

Bei Titel 685 12 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Handwerks - vermutet Abg. Harbich (CDU), daß die Ansatzsteigerung um 100 000 DM allenfalls ausreichen werde, die tariflichen Erhöhungen der Personalausgaben abzudecken; neue Maßnahmen, an die man etwa unter dem Stichwort "Technologieoffensive" denken könnte, seien damit sicher nicht zu bestreiten.

MinDgt Dr. Reichling (MWMT) weist darauf hin, daß die Haushaltsansätze zur Förderung des Handwerks auch in den schwierigsten Jahren Zuwächse zu verzeichnen gehabt hätten, als andere Bereiche Einbußen hätten hinnehmen müssen.

LMR Schöde (MWMT) fügt hinzu, was die "Technologieoffensive Handwerk" betreffe, so sei über die bisherigen Maßnahmen hinaus mit den Verbänden des Handwerks und mit dem für dieses Thema zuständigen Hauptgeschäftsführer schon im November eine Absprache getroffen und ein Konzept "Technologieberatung im Handwerk/Förderung des Technologietransfers" ausgearbeitet worden.

Sobald der Haushalt verabschiedet sei, würden die Bewilligungen aus dem Technologieprogramm Wirtschaft ausgesprochen.

Minister Dr. Jochimsen macht darauf aufmerksam, daß sich die Förderung des Handwerks nicht auf diesen Ansatz beschränke. Aber auf Wunsch des Handwerks würden hier gerade die personalintensiven Beratungsbereiche gestützt, was er für richtig halte.

Natürlich stelle sich dabei die Frage, ob es sich dabei um Subventionen handle oder nicht. Nach dem Haushaltsrecht falle dies zwar unter Subventionen, deren Abbau viele im Lande verlangten. Eine solche Forderung nach Abbau von Subventionen dürfe allerdings nicht unqualifiziert erhoben werden; denn wenn der Staat eine bestimmte Zielsetzung verfolge, müsse er sich auch die zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Instrumente schaffen können.

Abg. Harbich (CDU) gibt zu bedenken, ob nicht eine Erhöhung der Mittel geboten sei, wenn man das politische Ziel im Auge habe, auf diesem Gebiet in besonderem Maße Technologieförderung zu betreiben. Immerhin gehe es hierbei um die Betriebsberatungsstellen, die über das Land verteilt seien und insofern auch eine entsprechende Breitenwirkung erzielten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) fragt nach der Begründetheit der ihr aus dem Handwerk vorgetragenen Sorge, daß in Zukunft bestimmte Fördermaßnahmen im Rahmen der Weiterbildung auf die acht aus der Sicht der Landesregierung besonders wichtigen Technologiefelder konzentriert werden sollten. Minister Dr. Jochimsen verweist hierzu auf seine im Laufe der Sitzung bereits abgegebene Stellungnahme. LMR Schöde (MWMT) stellt klar, daß es sich hierbei um ein Mißverständnis handele, das inzwischen in Gesprächen mit den Handwerksorganisationen ausgeräumt sei: Die acht Technologiefelder sollten eine gewisse Orientierung darstellen, nicht aber Ausschlußcharakter besitzen.

Frau Abg. Thoben (CDU) fragt nach den Gründen für die erhebliche Kürzung des Mittelansatzes bei Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe) -. Ihres Wissens seien aus der hierfür zuständigen Abteilung des Wirtschaftsministeriums einige Mitarbeiter aus Altersgründen ausgeschieden. Sie möchte wissen, ob es Überlegungen gebe, diesem reduzierten Mittelansatz durch eine Umorganisation im Personalbereich des Wirtschaftsministeriums zu entsprechen.

Staatssekretär Vollmer legt dar, die Ansatzkürzung sei, wie der Minister schon erläutert habe, darauf zurückzuführen, daß einige eingeplante Großprojekte nicht durchgeführt würden.

Im übrigen könne er bestätigen, daß man eine Änderung der Organisationsstruktur im Ministerium vornehmen werde. Der Minister fügt hinzu, diese Veränderung der Organisationsstruktur erfolge nicht wegen der Mittelkürzung; denn die Förderung eines Großprojektes mit mehreren Millionen DM erfordere genausoviel Arbeit wie die Förderung eines kleineren Objektes.

MinDgt Tümpel (MWMT) erinnert daran, daß der Ansatz 1985 gegenüber dem Ansatz von 62 Millionen DM in 1984 wegen der drei Großvorhaben erheblich erhöht worden sei. Diese Mittel seien im Jahre 1985 jedoch nicht abgeflossen, da die Regierung ja nur die Mittel vorhalte, nicht aber selbst die Investitionsentscheidungen treffen könne. Die Mittel für diese Vorhaben würden weiter vorgehalten, soweit es Zusagen der Landesregierung gebe. Der Bewilligungsrahmen werde nicht verändert.

In Beantwortung einer entsprechenden Frage von Abg. Brinkert (CDU) fügt MinDgt Tümpel (MWMT) hinzu, das Ist betrage 1984 ungefähr 80 Millionen DM.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Der stellvertretende Vorsitzende weist bei den Titeln 891 30 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Landeszuschüsse) - und 891 40 - Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Bundeszuschüsse) - auf das auffallend geringe Ist des Jahres 1984 gegenüber den Ansätzen für 1985 und 1986 hin. Er bittet um Auskunft, wie viele Mittel in 1985 nicht abgeflossen seien und ob es hierbei Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gebe.

Ihn interessiere ferner, ob die insgesamt für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehenden rund 82 Millionen DM für sämtliche Anträge aus dem Lande Nordrhein-Westfalen ausreichen.

Minister Dr. Jochimsen macht darauf aufmerksam, daß die Stahlstandorte in diesen beiden Titeln nicht veranschlagt seien. Die Mittel dafür müßten zu 100 % aus der Landesaufgabe gedeckt werden, weil die Bundesregierung dem Land insoweit - und zwar nach seiner Auffassung: verfassungswidrig - die Mitfinanzierung verweigere; denn der Bund wäre an sich gehalten, sich mit 50 % zu beteiligen.

Ministerialrat Dr. Becker (MWMT) erklärt die relativ geringe Ist-Ausgabe 1984 vor allem mit den infolge der damaligen Konjunkturlage niedrigen Investitionen. In 1985 sei wesentlich mehr bewilligt und ausgegeben worden, und es zeichne sich ab, daß dies auch in 1986 so sein werde.

Die Ansätze seien seines Erachtens ausreichend, weil man in den Bundesländer-Vereinbarungen eine wesentliche Aufstockung der Bundesmittel habe erzielen können, die dann landesseitig um denselben Betrag ergänzt würden.

Allerdings strebe die Landesregierung an, diese Mittel künftig auch in den Stahlstandorten einsetzen zu können. Dann werde sich die Frage einer erneuten Ansatzserhöhung stellen. Dies werde im Zusammenhang mit der Neuabgrenzung der Fördergebiete zu klären sein, die Bund und Länder derzeit beschäftige.

Frau Abg. Thoben (CDU) fragt nach den Gründen dafür, daß die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe im Jahre 1985 in voller Höhe in Anspruch genommen worden seien und die Inanspruchnahme der Mittel aus der Landesaufgabe weit hinter den Haushaltsansätzen zurückbleibe: Bei der Landesaufgabe stehe dem Haushaltsansatz 1985 von 120 Millionen DM ein Ist von rund 80 Millionen DM gegenüber, während die Ansätze bei der Gemeinschaftsaufgabe ausweislich des Erläuterungsbandes bereits zum 31.10.1985 in nahezu voller Höhe bewilligt gewesen seien.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Staatssekretär Vollmer macht deutlich, daß das Land gewisse Zusagen zur Förderung von Projekten gebe und daß es die dafür notwendigen Mittel vorhalten müsse. Wenn aber die Investitionsentscheidungen nicht getroffen würden, würden natürlich auch die dafür bewilligten Mittel nicht in Anspruch genommen.

Frau Abg. Thoben (CDU) sieht damit ihre Frage nicht beantwortet, warum die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zu etwa 100 % und die Mittel aus der ergänzenden Landesförderung in weit geringerem Umfang in Anspruch genommen würden.

Dies liege, so erwidert der Staatssekretär, an den Förderkonditionen. Der Bund lasse nicht zu, daß das Land mit seiner ergänzenden Landesförderung die gleichen Sätze gebe; vielmehr müsse das Land mit seinen Sätzen immer unter dem Bund bleiben.

Minister Dr. Jochimsen macht darauf aufmerksam, daß hier nur die Ausgabe, nicht die steuerliche Förderung etatisiert sei, und letztere mache 8,75 % in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe aus, unabhängig davon, ob die Zuschüsse 5 oder höchstensfalls 20 % ausmachten. Man könne also diese Beträge wegen der steuerfreien Investitionszulage nicht miteinander vergleichen.

Darüber hinaus sei die Landesregierung durch die Bundesregierung daran gehindert, die ergänzende Landesförderung so auszustatten, wie wenn es sich um die Gemeinschaftsaufgabe handelte: Zum einen könne nur der Bund und nicht das Land die steuerrechtlichen Voraussetzungen schaffen, und zum anderen dürfe das Land nicht über Fördersätze von 15 % hinausgehen.

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) möchte wissen, ob der Rest von rund 40 Millionen DM bei Titel 891 20 übertragbar sei. MDgt Tümpel (MWM) weist darauf hin, daß es sich dabei um eine Entscheidung des Finanzministers handle. In Höhe der Vorbelastungen aufgrund gegebener Zusagen sei der Wirtschaftsminister zuversichtlich, daß der Finanzminister dies auf 1986 übertragen werde.

Ihr werde immer deutlicher, so erklärt Frau Abg. Thoben (CDU), wie groß die Wahrscheinlichkeit sei, daß bei der Landesaufgabe reine Mitnahmeeffekte produziert würden. Denn die Förderbedingungen der Gemeinschaftsaufgabe seien weitaus attraktiver, und dementsprechend laufe sie besser. Und die Wirksamkeit werde gleichzeitig eingeschränkt, je größer die Fläche sei. Wenn man die gesamte Fläche des Bundesgebietes förderte, wäre die Diskriminierung zwischen den Standorten etwas komplizierter geworden.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Staatssekretär Vollmer entgegnet, ihm leuchte diese Argumentation nicht ein. Er würde eher den umgekehrten Schluß ziehen: daß ein Unternehmen eher da investiere, wo es mehr Geld bekomme. Und schließlich sei doch beabsichtigt, Unternehmen in die Fördergebiete zu holen.

Frau Abg. Thoben (CDU) erkundigt sich, warum Titelgruppe 63 - Finanzierungshilfen nach dem Beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm sowie aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm - so arg gekürzt worden sei.

MinDgt Tümpel (MWMT) trägt vor, man habe sich an dem voraussichtlichen Ist in 1985 in Höhe von 36 Millionen DM orientiert. Man habe aber, um den Bewilligungsrahmen in 1986 zu erhalten, die Hoffnung, daß der Finanzminister in diesem Bereich noch 10 Millionen DM aus den Resten übertragen werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) macht deutlich, daß man die Inanspruchnahme eines Programms durch die Gestaltung der Bedingungen beeinflussen könne. Je unattraktiver diese Bedingungen gestaltet würden, desto mehr Reste blieben im Haushalt. Sie fragt, ob man die Bedingungen noch unattraktiver zu gestalten versuchen würde, wenn sich weitere Einsparungsnotwendigkeiten ergeben sollten.

Staatssekretär Vollmer erwidert, der Wirtschaftsminister werde sein Bestreben fortsetzen, die Konditionen zu verbessern. Er bietet an, bei passender Gelegenheit über die in den letzten Jahren vorgenommenen Verbesserungen zu berichten.

MinDgt Tümpel (MWMT) fügt seinen vorhergehenden Ausführungen den Hinweis auf eine haushaltstechnische Besonderheit hinzu: 1985 habe es besonders viele vorzeitige Rückflüsse gegeben, die 10 Millionen DM ausgemacht hätten. Diese Rückflüsse würden durch Absetzung bei den Ausgaben vereinnahmt, so daß die Ausgaben insgesamt nicht 36 Millionen DM, sondern letztlich 46 Millionen DM betragen hätten.

Zu Titelgruppe 68 - Zuschüsse für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche - möchte Abg. Harbich (CDU) wissen, ob die Berufsförderlehrgänge im bisherigen Umfang aufrechterhalten würden oder ob sich Auswirkungen aufgrund der Änderung des Schulpflichtgesetzes ergäben.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

MinDgt Dr. Reichling (MWM) erklärt, man sei für 1986 von dem seit Jahren praktizierten Volumen von 3 000 Plätzen innerhalb der Berufsförderlehrgänge ausgegangen. Dies sei allerdings unter der Voraussetzung geschehen, daß im Rahmen der Ergänzungsvorlage die fehlenden Mittel noch bereitgestellt würden - was inzwischen durch die zweite Ergänzungsvorlage Drucksache 10/650 geschehen sei, wodurch sich der Gesamtansatz bei Titelgruppe 68 um insgesamt 64 500 000 auf 222 100 000 DM erhöhe.

Zu Titelgruppe 72 - Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung - verweist der stellvertretende Vorsitzende auf Seite 71 des Erläuterungsbandes, wo unter Ziffer 19 für die Handwerksbildungsstätte Raesfeld für 1986 kein Ansatz mehr ausgebracht sei. Er fragt, ob für 1986 keine Anträge vorgelegen hätten; denn seines Wissens sollte dort 1986 weiter investiert werden.

MinDgt Dr. Reichling (MWM) antwortet, in Raesfeld werde ausgebaut, um dort die traditionellen Handwerke aus- und weiterbilden zu können. Das habe eine einmalige Investitionshilfe von seiten der Landesregierung erfordert. Nachdem sie ausgelaufen sei, sei die Angelegenheit damit seines Erachtens erledigt.

Angesichts der Erhöhung des Ansatzes für die Landesausstellung in Moskau innerhalb der Titelgruppe 75 - Förderung des Außenhandels und von Auslands- und Inlandsmessen - um 4,5 Millionen DM, was fast eine Verdoppelung des Ansatzes bedeute, bittet Frau Abg. Thoben (CDU) um eine Erläuterung. Sie schließt die Frage nach den im Jahre 1986 tatsächlich geförderten Messen an.

Minister Dr. Jochimsen teilt mit, in seiner Vertretung habe der Staatssekretär wegen dieser Landesausstellung an den Landtagspräsidenten geschrieben und angeregt, mit einer Delegation des Landtags der Eröffnung beizuwohnen und die Messe zu besuchen.

Die Landesregierung habe sich entschlossen, die Ausstellung vom 26. Juni bis 4. Juli 1986 in Moskau zu veranstalten. Andere Bundesländer hätten dies bereits vorher getan - nämlich Bayern 1981 und Baden-Württemberg 1982 -, und Japan plane eine große Nationalausstellung im Herbst 1986.

Von der Landesregierung beauftragt sei die Messegesellschaft NOWEA International. Man habe ein Messegelände angemietet, auf dem 6 500 qm für eine Firmenausstellung zur Verfügung stünden. Das sei wesentlich mehr, als man ursprünglich angenommen habe, weil die Zahl der Meldungen sehr groß sei. Bei diesen Ausstellern handele es sich um 150 Mittelständler und 50 größere Firmen. Darunter befänden sich alle Firmen aus Nordrhein-Westfalen

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986

the-ro

mit Rang und Namen, aber auch eine Vielzahl von Firmen, die erstmals in Moskau ausstellten. Schwerpunktmäßig kämen diese Firmen aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Energie- und Umwelttechnik.

Die Landesregierung plane, Leben und Arbeiten, Wohnen und Freizeit in Nordrhein-Westfalen unter der Überschrift "Land und Leute" vorzustellen. Es werde einen vom Wissenschaftsminister betreuten Hochschulstand geben, auf dem sich Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen mit vielen technischen Forschungsergebnissen in Form von Exponaten darstellen wollten. Auch ZENIT werde dort einen Stand haben und eine Ausstellung über Sensortechnik zeigen.

Vorgesehen seien ferner etwa 90 Fachsymposien. Man wolle auch zusammen mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung, mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Westdeutschen Handwerkskammertag und dem DGB auf Wunsch der Sowjets Symposien für berufliche Bildung, insbesondere Weiterbildung und Qualifizierung, veranstalten.

Die Ausstellung finde nach seiner Einschätzung zu einem sehr günstigen Zeitpunkt statt; denn in der Sowjetunion werde Ende Februar die Willensbildung über den neuen Fünf-Jahres-Plan abgeschlossen sein, bei dem Modernisierung, Umstrukturierung, Energiesparen, Umwelttechnik, Innovation und dergleichen im Vordergrund stünden - Stichworte, die nicht nur an Großprojekten festgemacht werden könnten.

Angesichts der gewaltigen Zahl von Meldungen habe man sich entschließen müssen, zusätzlich 2 000 qm netto an temporären Bauten im Freigelände zu errichten.

Selbstverständlich sei auch ein durch den Kultusminister betreutes kulturelles Rahmenprogramm vorgesehen. Ferner werde das Haus Industrieform in Essen auf sowjetische Anregung modernes Industriedesign vorstellen.

Der Minister weist darauf hin, daß der Landesregierung seit der großen sowjetischen Industrieausstellung im Oktober 1982 in Düsseldorf von sowjetischer Seite immer wieder dringend nahegelegt worden sei, eine solche Ausstellung durchzuführen. Inzwischen seien die Vorbereitungen sehr weit vorangeschritten - und sie müßten es auch sein, weil man den Blick nicht nur auf den Moskauer Raum, sondern auf die ganze Sowjetunion richte und entsprechende Akquisitionen ihre Zeit erforderten.

Er bittet darum, angesichts der aktuellen Situation der räumlichen Planung und des großen Andrangs die Notwendigkeit einer solchen außerordentlichen Ansatzserhöhung zu verstehen. Aber wenn sich das Land Nordrhein-Westfalen - das nach wie vor über 50 % des Exports in die Sowjetunion bestreite - in Moskau präsentieren wolle, dann müsse man damit auch Ehre einlegen können.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
10. Sitzung

22.01.1986  
the-ro

Unter Einbeziehung einer weiteren Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) führt der Minister weiter aus, die Landesregierung sei dabei, ihre Überlegungen zur Außenwirtschaftsförderung in ein Konzept zu gießen. Er werde zu gegebener Zeit - möglicherweise Ende Februar - darüber berichten.

Was die Messetätigkeit angehe, so habe er große Zweifel, ob man dies alles schon so frühzeitig abschließend festlegen müsse. Es gebe eine Liste der Messen, die man fördern wolle, was aber nicht bedeute, daß man nicht auch noch anderes überlegen könnte; denn hin und wieder zerschlugen sich auch einmal solche Pläne, und darauf müsse man flexibel reagieren können. Er werde dem Ausschuß eine entsprechende Liste übersenden.

Frau Abg. Thoben (CDU) legt dar, sie interessiere sich im Zusammenhang mit dem Haushalt zunächst einmal dafür, ob die in der Regierungserklärung angekündigten neuen Aktivitäten auf diesem Sektor kein Geld kosteten; denn außer dem Ansatz für die Ausstellung in Moskau sei der Ansatz in diesem Bereich konstant geblieben.

Der Minister erinnert daran, daß für das vergangene Haushaltsjahr die Mittel für die Außenwirtschaftsförderung gegenüber dem Vorjahr verdoppelt worden seien. Dieser Ansatz sei in voller Höhe fortgeschrieben, und man sei nun mit der Umsetzung beschäftigt.

Im übrigen enthalte die erste Ergänzungsvorlage Drucksache 10/500 Personalanforderungen für das Ministerium, die seines Wissens gestern von der interfraktionellen Gruppe des Haushalts- und Finanzausschusses positiv bewertet worden seien. Diese Anforderungen stellten Vorkehrungen für die außenwirtschaftlichen Tätigkeiten dar; denn man brauche dafür Konzepte, Personen und Organisation.

Unter Bezugnahme auf die Feststellung des Ministers, daß es schwierig sei, die zu fördernden Messen frühzeitig exakt zu benennen, weist Frau Abg. Thoben (CDU) noch einmal auf den AUMA-Kalender hin, in dem 20 Messen angegeben seien. Angeblich kämen einige Messen davon schon nicht mehr in Betracht, so daß man sich fragen müsse, wofür es sich lohne, zu werben und zu akquirieren.

Staatssekretär Vollmer macht deutlich, daß die Landesregierung nicht für den AUMA-Kalender zuständig sei. Er beschreibt das Verfahren, das letzten Endes dazu führe, daß eine Messe gefördert werden solle. Aber wenn sich nach einer gewissen Zeit herausstelle, daß die Messe aus diesem oder jenem Grunde unmöglich werde, müsse das Ministerium auch die Chance haben umzudisponieren. Er werde veranlassen, daß der Fragestellerin die Liste nach dem heutigen Stand zugeleitet werde.